

# löwenzahn

Mitteilungsblatt der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat zu Leipzig \_Heft 02 | 2018

**Beschlüsse zur integrierten  
Stadt- und Regionalentwicklung** ↗ Seite 3

**Migrantenbeirat soll (in)direkt gewählt werden!** ↗ Seite 5

**Schulsozialarbeit – notwendig für alle Schulen** ↗ Seite 7



**DIE LINKE.**  
Fraktion im Stadtrat zu Leipzig





## Good bye OBM

*Vor wenigen Wochen wurde bekannt, dass der Leipziger Oberbürgermeister einen neuen Job als ostdeutscher Sparkassen-Chef anstrebt. Das bedeutet, er würde wie sein Amtsvorgänger Tiefensee Leipzig vor Ablauf seiner Amtszeit verlassen. Egal, wie diese Entscheidung ausgeht, Burkhard Jung hat Leipzig damit in jedem Fall good bye gesagt.*

*Wir können es aber auch als Flucht vor den anstehenden Problemen sehen. Viele der von ihm angesprochenen Themen sind noch immer ungelöst. Es fehlen jede Menge Kindertagesstättenplätze, es ist nicht sicher, ob für jede Klasse im kommenden Schuljahr auch ein Klassenzimmer zur Verfügung steht. Zudem bröckelt der Putz an vielen Wänden und Toiletten in den Schulen. Durch das positive Wachstum der Bevölkerung kommt es zunehmend zu einer immer größeren Verdrängung auf dem Wohnungsmarkt, auch hier haben die Stadtverwaltung und der Oberbürgermeister nur unbefriedigende Antworten.*

*DIE LINKE wird sich in den kommenden Wochen und Monaten beraten, wie wir uns bei einer vorgezogenen Neuwahl zum Amt des Oberbürgermeisters aufstellen. Liebe Leipzigerinnen und Leipziger, wir werden aus den Reihen unserer Partei eine geeignete Kandidatin oder einen geeigneten Kandidaten finden. Wir als Fraktion werden die benannten Themen nicht ruhen lassen, bis Lösungen gefunden und umgesetzt werden.*

↳ Sören Pellmann

# Entscheidung über Ortschaftsverfassung scheitert an Verwaltung



Besucher des Neuen Rathauses sehen es oft mit Schmunzeln: Auf den Türgriffen am Hauptportal des Neuen Rathauses befinden sich schmiedeeiserne Schnecken, die auf das Arbeitstempo in den Ratsstuben anspielen. Das entspricht natürlich nicht den Realitäten, nicht immer jedenfalls.

Doch wenn die Verwaltung nicht will, was der Stadtrat beschlossen hat, kann es schon dazu kommen, dass das Schnecken-tempo zum Normalmaß wird.

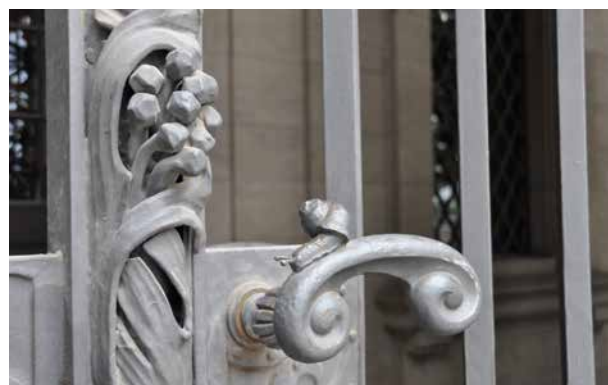
So bei unserem Antrag zur Einführung der Ortschaftsverfassung vom März 2015. Wir wollen damit die ungleiche Rechtsstellung der Stadtbezirksbeiräte und Ortschaftsräte aufheben. Unter anderem sollen Stadtbezirksbeiräte genau so gewählt werden wie die Ortschaftsräte. Mit dem ihr eigenen Elan benötigte die Verwaltung nahezu zwei Jahre für einen Verwaltungsstandpunkt. Nachfragen und Kritiken am schlep-penden Tempo brachten den Prozess nicht voran. Endlich, im Januar 2017 kündigte die Verwaltung an, „dass im Jahr 2018 rechtzeitig vor der Wahlperiode 2019 bis 2024 geprüft wird, ob die bestehenden Strukturen noch angemessen sind und ob bzw. wann eine Vereinheitlichung der Strukturen erfolgen kann“. Dieser Verwaltungsstandpunkt wurde im selben Monat beschlossen.

Seitdem prüft die Verwaltung. Und prüft und prüft. Und wieder bringen Nachfragen und Kritiken den Prozess nicht voran. Offenbar versteht die Verwaltung unter einem „Standpunkt“, dass man darauf stehenbleiben müsse und sich keinesfalls bewegen darf.

Im Januar 2018 treten Änderungen der Sächsischen Gemeindeordnung in Kraft, die die Wahl von Stadtbezirksbeiräten ausdrücklich ermöglichen.

Und dennoch kein Fortschritt, weder bei der Prüfung des Sachverhaltes noch bei der seit langem fälligen Änderung der Hauptsatzung.

Jetzt – im Juni 2018 – wird der zuständige Bürgermeister zum Offenbarungseid gezwungen: Will man rechtzeitig vor den nächsten Kommunalwahlen 2019 entscheiden, ob Stadtbezirksbeiräte gewählt werden können wie die Ortschaftsräte, müsste diese Entscheidung spätestens im August 2018 fallen. Aber die Prüfergebnisse liegen noch nicht vor, ebenso wenig die neue Hauptsatzung. Das sei nun auch nicht mehr zu schaffen, sondern frühestens im IV. Quartal 2018 ...



Wenn die Verwaltung den Willen des Stadtrates so hintertreibt, dann weicht das Schmunzeln über die Schnecken im Rathaus dem blanken Zorn.

Wie ernst nimmt die Stadtverwaltung den demokratisch gewählten Stadtrat und seine demokratisch getroffenen Entscheidungen? Und wie steht sie zu ihrem eigenen Wort?

↳ Dr. Ilse Lauter

## Beschlüsse zur integrierten Stadt- und Regionalentwicklung



In den jüngsten Ratsversammlungen wurden mehrere Beschlüsse für eine integrierte Stadt- und Regionalentwicklung gefasst. Die Region Leipzig-West-sachsen steht vor zwei großen Herausforderungen. Zum einen durch Bevölkerungswachstum im Oberzentrum Leipzig und den Randkommunen sowie Bevölkerungsschrumpfung im ländlichen Raum in Westsachsen. Zum anderen ist auch der Regionalplan auf einen Braunkohlenausstieg bis 2040 ausgerichtet. Damit alle Kommunen vorankommen, bedarf es eines abgestimmten und gemeinsamen Handelns durch Geben und Nehmen aller Seiten. Die Stadt-Umland-Konferenz 2017 war hier ein guter Einstieg. Bei Wohnungsüberhang im Umland und stetig steigendem Wohnungsbedarf, vor allem bei bezahlbaren Wohnungen, in Leipzig reicht es nicht aus, wenn Mieterhaushalte ins Umland ziehen und dort zu Hauf Eigenheime bauen. Insbesondere in grund- und mittelzentralen Orten muss dafür eine entsprechende Kultur-, Bildungs-, Sozial- und Handelsstruktur geschaffen und unterhalten werden. Gleichzeitig muss die stadttechnische und Verkehrsinfrastruktur modernisiert werden. Die Region bedarf eines attraktiven und vernetzten, vor allem schienengebundenen Nah- und Regionalverkehrs. Dazu gehören auch die Vernetzung und der Bau überörtlicher Radwege, was mit dem beschlossenen Änderungsantrag der LINKEN unterstützt werden soll.

Leipzig ist keine autogerechte Stadt für derzeit rund 97.000 zur Arbeit nach Leipzig ein- und 61.000 auspendelnde Menschen. Die zeitliche Parallelität der Fortschreibungen des Flächennutzungsplanes und des Integrierten Stadtentwicklungskonzeptes (INSEK) Leipzig 2030, dreier Integrierter Stadtteilkonzepte in Leipzig sowie des Regionalpla-

nes und einzelner Braunkohlenpläne für die ehemaligen Tagebaue war dabei von Vorteil, da so viele Inhalte abgestimmt werden konnten. Das Stadtentwicklungskonzept Leipzig 2030 integriert die Fachpolitikbereiche in Verwaltung, Stadtrat und Gesellschaft inhaltlich und stadträumlich nunmehr unter den Bedingungen einer kompakten und bevölkerungsmäßig wachsenden Stadt. Das INSEK ist jedoch keine „eierlegende Wollmilchsau“. Es kann nicht die Konzepte und Planungen ersetzen, die auf ein höheres Tempo beim Bau von Kitas, Schulen

und Innerer Osten zukünftig Fördergebiete im Programm „Soziale Stadt“ werden, wurden für diese integrierte Handlungskonzepte erstellt. Die Förderung zielt vor allem auf attraktive Freiräume mit mehr Grün, die Sanierung und den Neubau von Kitas, Schulen und Sporthallen und die Erfüllung der Anforderungen an Inklusion und Integration. Gleichzeitig müssen Kultur- und Freizeiteinrichtungen sowie die Modernisierung, Sanierung sowie der Neubau von Wohnungen voran gebracht werden.

➤ Siegfried Schlegel



Mit Beteiligung der Bürger wurden die Handlungskonzepte für den Leipziger Osten, Paunsdorf und Grünau (Foto) erarbeitet.

und Sporthallen oder auch Wohnungen zielen. Deshalb kann das INSEK auch stadträumlich nur ausgewählte Stadtteile und Quartiere in den Fokus nehmen, in denen mittelfristig dezernats- und ämterübergreifend komplexer Handlungsbedarf besteht und nur ausnahmsweise ins Detail gehen. Vor dem Hintergrund, dass die Stadtgebiete Grünau, Paunsdorf



## Worte mit Leben füllen – Der fortgeschriebene Luftreinhalteplan dürfte kein Selbstläufer werden

Die gute Nachricht zuerst: In den zwei letzten Jahren hielt Leipzig die Grenzwerte für Feinstaub, insbesondere für Ruß, ein. Zu verdanken war dies der Umweltzone, die die Stadt auf Grundlage des 2009 verabschiedeten Luftreinhalteplans einführte. Die Gefahr für Herz und Lunge blieb jedoch bestehen, da der Grenzwert

reinhalteplan mit Fokus auf den Kfz-Verkehr fortzuschreiben. Um Maßnahmen wie Fahrverbote für Dieselaautos auch zukünftig nicht aussprechen zu müssen, sollen Ampelschaltungen so verändert werden, dass sich der Verkehr an den Hotspots der Luftbelastung schadstoffarmer gestaltet.

multiert, was jedoch nicht zwingend ein Manko darstellen muss. Es wird davon abhängen, inwieweit der Stadtrat seiner Verantwortung nachkommt und unkonkrete Formulierungen mit Leben füllt. So kann der Luftreinhalteplan in Verbindung mit Politikinstrumenten wie dem Nahverkehrsplan, den Mobilitätsszenari-



für Stickstoffdioxid mehrfach überschritten wurde – vor allem aufgrund profitgesteuerter Verbrechen von Autoherstellern, die Abgastests ihrer Dieselmotoren manipulierten. So konnten in der Umweltzone Diesel-PKW's unterwegs sein, die aufgrund ihrer realen Abgaswerte hätten draußen bleiben müssen. Im gleichen Zeitraum setzten Leipziger/-innen bei ihrer Kaufentscheidung vermehrt auf Dieselfahrzeuge, was die Situation in der Stadt weiter verschärfte. Dies zwang die Stadtverwaltung den bestehenden Luft-

Eine Maßnahme der Verkehrsverlagerung, die aus politischer Sicht sinnvoll ist, jedoch die Luftqualität im Ganzen kaum beeinflusst. Eine andere Bewertung lassen wiederum im Plan aufgelistete Zielstellungen zu, die eine Förderung der E-Mobilität und des betrieblichen Mobilitätsmanagements vorsehen sowie die ÖPNV-Nutzerzahlen durch Angebotsverbesserungen erhöhen möchten. Leider wurden jene Punkte – wie von Umweltverbänden kritisiert – im novellierten Luftreinhalteplan nur schwammig for-

en, dem Konzept „Autoarme Innenstadt“ und vor allem dem Verkehrsleistungsfinanzierungsvertrag schlussendlich eine konkrete Gestalt annehmen. Auch das Pochen auf die Umsetzung bereits beschlossener Maßnahmen wie das Straßenbaumprogramm oder der Einsatz für die Erhaltung von Brachen an stark befahrenen Straßen würde dazu beitragen, die Luftqualität in unserer Stadt nachhaltig zu sichern.

➤ *Steffen Rohkohl*



## Der Migrantenbeirat soll (in)direkt gewählt werden!



Seit 2009 gibt es in Leipzig einen Migrantenbeirat. Er berät die Stadt in Belangen der in Leipzig lebenden Menschen mit Migrationsgeschichte. Und ihre Zahl wächst: Ende 2017 lebten 56.000 Menschen ohne deutschen Pass (darunter EU-BürgerInnen, Geflüchtete und weitere EinwandererInnen) in Leipzig. Auch die Zahl der Menschen mit Migrationsgeschichte insgesamt, zu denen auch Eingebürgerte, in zweiter Generation mit deutschem Pass hier Lebende oder die, die einen Elternteil mit Migrationshintergrund haben, gehören, ist gewachsen. So lebten Ende 2017 83.406 von ihnen in Leipzig, was insgesamt einem Bevölkerungsanteil von 14,1 % entspricht.

Nur Menschen mit deutscher Staatsbürgerschaft und EU-BürgerInnen dürfen sich an den Kommunalwahlen beteiligen. Darum war und ist die Einrichtung des Migrantenbeirates, in dem derzeit 16 Migrant\*innen und sechs Vertreter\*innen der Fraktionen sitzen, ein richtiger und überfälliger Schritt. So kann auch jenen Menschen, die nicht über die deutsche Staatsbürgerschaft verfügen und zum Teil schon lange hier leben, ein Mindestmaß an politischer Teilhabe gewährt werden. Der Migrantenbeirat verfügt über Antrags- und Rederecht im Stadtrat, das er auch intensiv nutzt. Unter anderem die Anträge des Beirats auf die Schaffung einer Beschwerdestelle für Asylunterkünfte, auf Sprachmittler\*innenkostenübernahme für die psychiatrische Versorgung, auf Einrichtung eines Runden Tisches Wohnen wurden mittlerweile vom Stadtrat positiv votiert.

Nun wird in Kürze eine Grundsatzfrage aufgeworfen: Die direkte, korrekter muss es heißen die indirekte Wahl des Migrantenbeirats. Denn: Die Sächsische Gemeindeordnung lässt eine echte direkte Wahl nicht zu. Das Modell, das in Leipzig



nun angestrebt wird, gleicht dem, das in Dresden bereits seit 2009 funktioniert: Die in Leipzig lebenden Migrantinnen und Migranten wählen ihre Vertreterinnen und Vertreter im Migrantenbeirat und im Anschluss legitimiert der Stadtrat diese gewählten Vorschläge. Bisher bestimmt allein der Stadtrat die Vertreterinnen und Vertreter, ohne dass es dafür transparente Kriterien gibt.

Die Vorteile einer (in)direkten Wahl liegen auf der Hand: So können die Menschen, die kein Wahlrecht haben, stärker in kommunalpolitische Entscheidungsfindungen einbezogen werden. Gleichzeitig kann die Bekanntheit und auch die Legitimation des Migrantenbeirats wachsen. Und schlussendlich könnte der Migrantenbeirat so auch die Vielfalt der Migrant\*innen in Leipzig repräsentieren. Denn nur, wer sich als gleichberechtigtes Mitglied einer Gesellschaft wahrgenommen fühlt, fühlt sich auch eingeladen, in ihr mitzuwirken und Verantwortung zu übernehmen.

Die Linksfraktion engagiert sich im Migrantenbeirat und im Stadtrat für die Ermöglichung der (in)direkten Wahl. Im März diesen Jahres beauftragte der Beirat die Verwaltung, ein Wahlverfahren zu erarbeiten. Das Ziel ist, die Wahlen parallel zu den Kommunal- und Europawahlen 2019 durchzuführen. Nun muss die Verwaltung liefern.

↳ *Juliane Nagel*



## Bürokratische Hemmnisse im Finanzdezernat der Stadt Leipzig fallen – Investitionen können beschleunigt werden



Es geschehen noch Zeichen und Wunder. Nachdem am 15.06.2018 durch die Fraktionen DIE LINKE und Bündnis 90/ Die Grünen mit dem Antrag Nr. 06020 die „sofortige“ Aufhebung der „Hauswirtschaftlichen Sperre“ vom 27.04.2018 „für Auszahlungen von Investitionen im Finanzhaushalt der Stadt Leipzig entsprechend § 30, Satz 2 der Sächsischen Kommunalhaushaltsverordnung“ gefordert wurde, stimmt der Finanzbürgermeister dem Antrag zu und hebt die Sperre „mit sofortiger Wirkung auf“. Ein Novum in der jüngsten Stadtgeschichte. So bleibt vor allem das zentrale Argument des Antrages unbestritten: „Eine Aufhebung der Haushaltssperre für die Investitionen – so das vorgelegte Zahlenwerk des Dezernates Finanzen – führt zu keinem Zeitpunkt zu einer Gefährdung des Haushaltsausgleiches (siehe Anlage - Antrag DS 06020).“

Mit der Aufhebung der v. g. Haushaltssperre für Investitionen sind einige Argumente von Finanzbürgermeister Bonew aus der Beantwortung diesbezüglicher Fragen in der Ratsversammlung vom 16.05.2018 widerlegt, u. a. die unzureichend vorhandene Liquidität und fehlende finanzielle „Spielräume“ auch im „Investitionshaushalt“ der Stadt Leipzig.

So ist es nun gelungen, u. a. schon vom Stadtrat beschlossene Investitionen nicht durch zusätzliche „Einzelfreigaben“ im Finanzdezernat zu bremsen. Damit fällt ein bürokratisches Hemmnis in der Stadtverwaltung weg, welches eine nochmalige Beantragung inkl. detaillierter Begründung dieser v. g. Investitionen durch die Fachämter und Dezernate forderte. Eine Vorgehensweise von Bürgermeister Bonew, die für unsere Fraktion

kaum nachvollziehbar war. Diese dafür bisher notwendigen unnötigen personellen Ressourcen können nun zur Beschleunigung eingesetzt und einige Wochen bei der Umsetzung von Investitionen gespart werden.

Mit dem im Antrag dargelegten Zahlenwerk stellt sich die Frage, warum Bürgermeister Bonew – ohne Not – für den „Investitionshaushalt“ überhaupt eine Haushaltssperre Ende April verhängen musste. Hier sollte er die nicht vorhandene Argumentation zur Aufhebung der Haushaltssperre für Investitionen vom 19.06.2018 dringend ergänzen.

Insgesamt freuen wir uns über die erstaunliche Kehrtwende und den erfolgreichen Lernprozess in der Verwaltungsspitze und die großartige Wirkung des Antrages: Nach nur vier Tagen wird der Wille der Antragsteller zur Beschleunigung von Investitionen – insbesondere in Schulen und Kitas – vom Bürgermeister für Finanzen und vom Oberbürgermeister umgesetzt.

Steffen Wehmann

## Schulsozialarbeit – notwendig für alle Schulen



Vor 30 Jahren war daran nicht zu denken. Heute ist diese Form der sozialpädagogischen Arbeit an den Schulen nicht mehr wegzudenken. Gesellschaft, Familien und Schule haben sich verändert, Widersprüche sich verschärft. Probleme beim Lernen (Leistungsdruck, Misserfolge, Zukunftsängste), im Zusammenleben „mit Anderen“, Fragen zur Religion, die Thematik Drogen, Trennung von Eltern, Freund, etc. müssen täglich bewältigt werden und haben Einfluss auf Schule. Lehrer/innen und Eltern brauchen beim Lösen dieser auftretenden Widersprüche Unterstützung, da sind die Schulsozialarbeiter/innen eine wichtige Hilfe, **Kooperationspartner**, ein neutrales Korrektiv.

Diese Erkenntnis reift langsam auch im sächsischen Kultusministerium. So fördert der Freistaat die Schulsozialarbeit seit Jahren in den sieben Berufsschulzentren mit BVJ und ab 2018 nun auch in Oberschulen finanziell. Damit auch in den Schulen des 2. Bildungsweges ab August 2018 ein Sozialarbeiter/in tätig ist, hat unsere Fraktion erfolgreich einen Antrag im Stadtrat gestellt. Oberbürgermeister, Verwaltung und Stadtrat haben die Notwendigkeit dieser Form der sozialpädagogischen Unterstützung schon vor mehr als 12 Jahren erkannt und systematisch ausgebaut. So hat in Leipzig auch jede Förderschule, ab 1. August 2018 40 (von 67) Grundschule, eine/n Schulsozialarbeiter/in. Damit haben wir an 76 Schulstandorten Schulsozialarbeit. Die Stadt leistet einen erheblichen finanziellen Beitrag von ca. 2,4 Mio € jährlich dafür.

So konnte durch Schulsozialarbeit in den letzten zwei Jahren Kindeswohlgefährdung in mehreren Fällen verhindert

werden. Soll Schulverweigerung sinken, muss bereits in den Grundschulen damit begonnen werden. Aktiver Schulverweigerung geht häufig passive Schulverweigerung voraus. Konfliktbewältigung durch Streitschlichter gibt Kindern und Jugendlichen Verantwortung, fördert die Streitkultur und hilft, Gewalt zu senken. Gewalt, schulisch und außerschulisch, ist leider ein zunehmendes Problem.

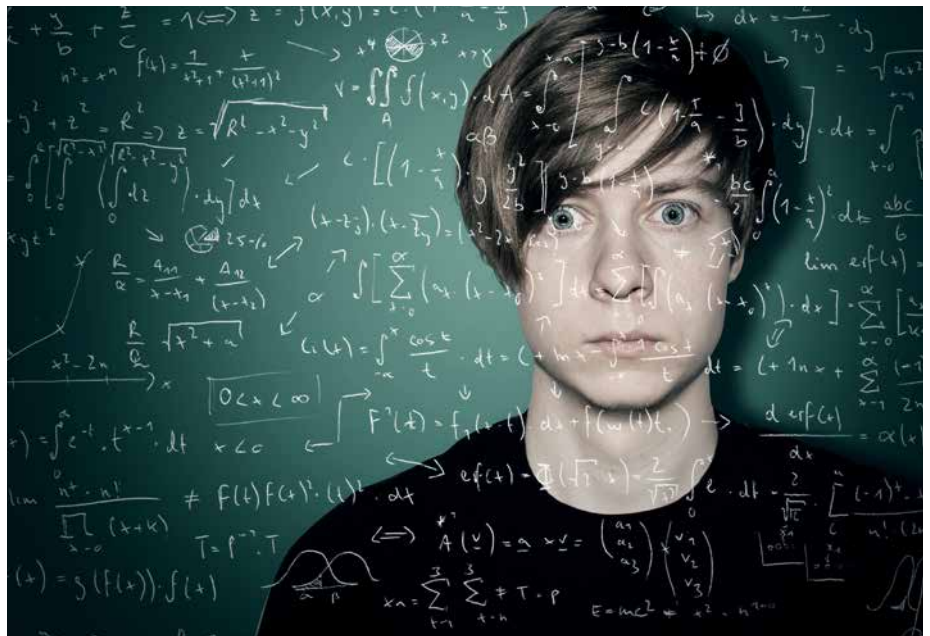
Natürlich hat Leipzig bildungspolitische Probleme, ist „negativer Spitzenreiter“ in Sachsen bei Schulabbruch und Schulverweigerung. Deshalb wird dieses Problem häufig im Stadtrat thematisiert. Gab es 2014 noch über 15 % Schüler/innen ohne Schulabschluss, sind es 2017 10 % gewesen. Sicher, das Ergebnis ist

Die Fraktion DIE LINKE sowohl im Stadtrat als auch im Landtag fordert deshalb:

- dass Schulsozialarbeit ins Schulgesetz verbindlich gehört,
- dass an jeder Schule (auch Gymnasien) mindestens eine/n Sozialarbeiter/in tätig ist und
- dass Schulsozialarbeit angemessen finanziell vom Freistaat bezahlt wird.

Zur Sicherung von Schulerfolg und zur Meisterung von alltäglichen Problemen ist auch Schulsozialarbeit notwendig

➤ Margitta Hollick



immer noch nicht befriedigend. Es zeigt aber, dass das Zusammenspiel Lehrer/innen, Sozialarbeiter/innen und Eltern positive Ergebnisse bringen kann.





## Wachstum braucht Steuerung

Die wachsende Stadt bringt auch für die kommunalen Unternehmen enorme Herausforderungen mit sich. In nicht allzu ferner Zukunft wollen 40 Prozent mehr Menschen versorgt werden – mit Trinkwasser, Wohnungen, Fernwärme, Verkehrsleistungen, Abwasserklärung und Müllentsorgung – alles auf beengtem Raum und mit begrenzten Mitteln. Daseinsvorsorge zu sichern, ist das Kerngeschäft der Leipziger Versorgungs- und Verkehrsgesellschaft (LVV). In dieser Situation ist es existentiell, konstruktive und zukunftsfähige Lösungen zu finden und so effizient wie möglich zu handeln. Daran arbeiten mehr als 4.600 Mitarbeiter im Konzern, daran arbeitet die LVV-Geschäftsführung. Und diese hat sich in den vergangenen Jahren mehrfach ge-

wandelt, sowohl personell als auch strukturell. Ob im Sinn einer kontinuierlichen Unternehmensentwicklung immer nützlich, sei einmal dahingestellt.

Jetzt kommt gleichsam als Paukenschlag erneut eine Neuerung daher. Zwei Geschäftsführer müssen gehen. Neben diesen personellen Entscheidungen werden in aller Eile Veränderungen in der Struktur der Geschäftsführungen beschlossen. Statt bisher zwei gibt es nun vier Geschäftsführer auf LVV-Ebene. Dazu vier Geschäftsführer in den Tochtergesellschaften.

Die neue Geschäftsführung präsentiert sich selbstbewusst und optimistisch: „Führung und Steuerung auf Augenhöhe: Authentisch und zukunftsorientiert“. Das ist in Ordnung, und das kann man von Geschäftsführern eines kommunalen Konzerns auch erwarten. Doch müssen die acht Männer an der Spitze die unterschiedlichen Anforderungen und Aufgaben und die damit verbundenen Interessenslagen

unter einen Hut bringen: Die notwendigen Investitionen in die Zukunft und die dafür erforderliche finanzielle Ausstattung. Die Entwicklung der Konzernmutter und die ihrer Beteiligungsunternehmen. Die Erwartungen der Eigentümer und die Forderungen der Mitarbeiter.

Prioritäten müssen gesetzt werden. Und die bedeuten an anderen Stellen immer auch Nachrangigkeiten. Eine solche Abwägung auf Augenhöhe erfordert vor allem erst einmal klare Regeln. Regeln für Zuständigkeiten und Kompetenzen, für konstruktive und transparente Entscheidungsprozesse und Regeln für den Konfliktfall. Die Zeiten für das Ausleben und Austragen persönlicher Befindlichkeiten sind vorbei. Der neuen Führungsriege muss es gelingen, ihrem Anspruch gerecht zu werden. Denn bei den riesigen Herausforderungen ist die Sache zu wichtig, um sie in den Sand zu setzen. Leipzig 2030 ist eher da, als mancher denkt. *Dr. Ilse Lauter*

### ➤ TERMINE

#### Ratsversammlungen

im Neuen Rathaus, Ratssaal ➤ **22. 08.** ➤ **19. 09. 2018** | 14 Uhr

#### Fraktionssitzungen

im Neuen Rathaus ➤ **15. 08.** ➤ **29. 08.** ➤ **12. 09.** ➤ **26. 09. 2018** | 17 Uhr

#### Bürgersprechstunden

in **Alt-West** mit Stadträtin Dr. Ilse Lauter | im INTERIM, Dememringsstraße 32 | ➤ **23. 08.** ➤ **20. 09. 2018** | 16:00–17 Uhr

in **Grünau** mit Stadtrat Sören Pellmann | im Wahlkreisbüro Grünau, Stuttgarter Allee 18 | ➤ **13. 08.** ➤ **03. 09.** ➤ **17. 09. 2018** | 16:00–18 Uhr

**IMPRESSUM** ➤ Herausgeber **DIE LINKE.** Fraktion im Stadtrat zu Leipzig | **Geschäftsstelle** Neues Rathaus | 04092 Leipzig | **GF** Rüdiger Ulrich

**Telefon** (03 41) 1 23-21 50 / -21 59 | **Fax** (03 41) 1 23-21 55 | [linksfraktion@leipzig.de](mailto:linksfraktion@leipzig.de) | [www.linksfraktion-leipzig.de](http://www.linksfraktion-leipzig.de)

**V. i. S. d. P.** Sören Pellmann | **Redaktionsschluss:** 29. 06. 2018 | **nächste Ausgabe:** September 2018

**Gestaltung** Susanne Weigelt, Leipzig | © Bildnachweis – Titelbild: frilled\_dragon/fotolia.com | S. 2 und 3: Dr. Dieter Janke | S. 4: elcovalana/fotolia.com | S. 5: Franz Pfluegl/fotolia.com | S. 6: caruso13/fotolia.com | S. 7: lassedesignen/fotolia.com